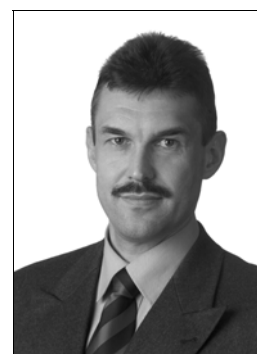


SPD-Lichtenau fordert Konsequenzen aus schlechter Bewertung bei Kommunalrating

Extrem schlecht schneidet die Stadt Lichtenau beim Kommunalrating des Bundes der Steuerzahler NRW ab. Hier wurden der Schuldenstand der jeweiligen Kommune untersucht und bewertet, ferner der Rücklagenbestand, die Steuerstärke, die Personalausgaben und die gesamten Ausgaben in den Verwaltungshaushalten. Die äußerst schlechte Platzierung Lichtenaus zeigt sich speziell auch bei den Personalkosten. Hier findet sich in Lichtenau mit 364€ pro Einwoh-

ner (Altenbeken 222€ , Delbrück 265€) die teuerste Verwaltung im gesamten Kreis Paderborn. Zwar verweist Bürgermeister Wange auf die besondere Situation Lichtenaus (Flächengemeinde ..). Diesen Einwand lässt Georg Lampen, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen nicht gelten: „Entgegen der Meinung einiger weniger Bürgermeister und Kämmerer sind die Finanzdaten der Kommunen durchaus untereinander ver-

gleichbar. ... Behördenvertreter aus den Gemeinden, die bei unseren Einzelvergleichen relativ schlecht abschneiden, behaupten zwar manchmal das Gegenteil und versuchen, ihre schlechte Position mit örtlichen Besonderheiten zu rechtfertigen.“ Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt fordert Bürgermeister Wange auf, möglichst schnell ein schlüssiges Konzept zur Verringerung der Personalausgaben vorzulegen.



Fraktionsvorsitzender Markus Lübbers aus Herbram:

Jeder Bürger zahlt jährlich allein 364€ für die Verwaltung. Hinzu kommen knapp 44€ (insgesamt 486.300€) allein für Zinsen.

Lichtenau ist nicht nur Schlusslicht im Kreis Paderborn, sondern auch in OWL auf hintersten Plätzen zu finden.

	Schulden	Rücklagen	Steuern	Personalausgaben	Gesamtausgaben Verwaltungshaushalt	Wertung
Altenbeken	+	-	-	++	+	++++
Bad Lippspringe	++	+	--	-	+	++++
Bad Wünnenberg	-	--	+	-	+	++
Borchen	++	--	--	-	+	+++
Büren	++	++	-	+	+	++++++
Delbrück	++	+	-	++	++	+++++++
Hövelhof	++	--	-	-	+	+++
Lichtenau	--	--	--	-	+	+
Salzkotten	++	--	-	-	+	+++

Bewertung: ++ sehr guter Wert, + guter Wert, - schlechter Wert, -- sehr schlechter Wert

Kommentar: Koalition der Vernunft

In der letzten Ratssitzung am 26.11.2005, in der gleichzeitig auch der katastrophale Haushalt 2006 mit der endgültigen Plünderung der Rücklagen, immer höheren Zinsleistungen etc.. eingebracht wurde, versuchten Bürgermeister Wange und CDU-Fraktionsvorsitzender

Hölscher die Zustimmung des Rates zu einer Verlegung des städtischen Bauhofs vom Hornweg in Lichtenau ins Gewerbegebiet Leihbühl kurzfristig durchzusetzen. Diese aus städtebaulicher Sicht begrüßenswerte Initiative verursacht aber Kosten von etwa 200.000€ zusätz-

lich. Deshalb wurde sie mit Stimmen der SPD- und FDP-Fraktion und mutigen Mitgliedern der CDU-Fraktion abgelehnt, die sich in einer „Koalition der finanziellen Vernunft“ gemeinsam gegen die Pläne Wanges und Hölschers aussprachen bzw. sich enthielten.

Eine „Koalition der Vernunft“ verhindert Umsiedlung des städtischen Bauhofs ins Gewerbegebiet Leihbühl.

Widerspruch, Herr Hölscher !!

In einem Beitrag für den letzten CDU-Wegweiser kommentiert der Fraktionsvorsitzende den vorgelegten Haushaltsentwurf 2006 der Stadt Lichtenau. Einige seiner Anmerkungen: können nicht unwidersprochen bleiben:

Gewerbesteuer

Zu der von der CDU in 2005 beschlossenen Gewerbesteuersenkung merkt Willi Hölscher an: „Die mehr symbolisch anzusehende Senkung im letzten Jahr um 4 Prozent unter dem fiktiven Hebesatz, **hat hier keinesfalls geschadet.**“

SPD: Viel wichtiger als nach dem Schaden zu suchen ist die Frage, ob die Senkung etwas genutzt hat. Im Bereich Gewerbeansiedlung ist keinerlei Bewegung festzustellen. Angesichts gigantischer Haushaltslücken kann sich die Stadt einfach keine einseitigen Geschenke

leisten. Wir fordern die Rücknahme der Gewerbesteuersenkung des Vorjahres. Sie belastet den Haushalt mit Steuermindereinnahmen von 9.000€ und von ausbleibenden Schlüsselzuweisungen des Landes in gleicher Höhe, also insgesamt 18.000€.



Wolfgang Scholle, SPD-Kreistagsabgeordneter aus Lichtenau:

Kreisfahrbücherei

Hölscher: „Bei der Kreisfahrbücherei und bei der Kreismusikschule drohen uns mittelfristig Kostenanhebungen, die für uns nur schwer auszugleichen sind. Auch hier müssen wir nach Alternativen Ausschau halten.“

SPD: Aus der Sicht Lichtenaus kann es nicht darum gehen, nach Alternativen Ausschau zu halten, sondern auf allen Ebenen, auch der Kreis-CDU und im Kreistag, für Solidarität und den uneingeschränkten Erhalt des Bücherbusses zu kämpfen. Hier vermissen wir

klare Signale des Bürgermeisters und der örtlichen CDU. Jedenfalls hat der Lichtenauer CDU-Kreistagsabgeordnete Franz Jakobi für den vollständigen Ausstieg Borchens und der beginnenden Verabschiedung Delbrücks vom Bücherbus gestimmt.

Wo bleibt die Solidarität der Städte Borchens und Delbrücks? Es müssen auch in Zukunft den Flächengemeinden im Kreis Paderborn zumindest in etwa die Bildungsmöglichkeiten wie in größeren Städten geboten werden.

Baugrundstücke

Hölscher: „Zur Wirtschaftsförderung und zu einer zukunftsorientierten Entwicklung gehört auch mehr Flexibilität auf dem Grundstücksmarkt.“

auf dem Grundstücksmarkt kann die SPD-Fraktion nicht nachvollziehen. Muss zukunftsorientierte Entwicklung automatisch Wachstum bedeuten? Ist es richtig, das Bürgermeister Wange gegen den erklärten Willen der Bevölkerung (Agenda 21) einen ungebremsten Wachstumskurs fährt?

Jedenfalls lösen sich dörfliche Strukturen durch uneingeschränkten Zuzug in den Neubaugebieten immer mehr auf. Allein im Baugebiet „Markus Linde“ in Lichtenau sind in diesem Jahr deutlich mehr Grundstücke an auswärtige Bewerber verkauft worden, als bisher üblich.



Wird Radweg nach Holtheim 2006 gebaut?

Schon mehrfach wurde sein Bau angekündigt — nur wirklich gebaut wurde er bis heute nicht. Immer wieder waren offensichtlich andere Vorhaben wichtiger, u.a. der Radweg von Ebbinghausen nach Atteln und zuletzt eine Autobahnzubringer zum

Flughafen Ahden. Dabei sind die notwendigen Flächen schon vor einigen Jahren durch den Kreis aufgekauft worden. Für die dazu notwendigen Gelder werden schon seit Jahren nicht unerhebliche Zinsen fällig. Nach Auskunft von SPD-

Kreistagsmitglied Wolfgang Scholle sind auch in diesem Jahr wieder Mittel im Kreishaushalt eingestellt worden. Wir sind gespannt, ob auch in diesem Jahr wieder jemandem etwas „Wichtigeres“ einfällt, oder ob er tatsächlich endlich gebaut wird.



Offene Ganztagsgrundschule auf gutem Weg

Die offene Ganztagsgrundschule (OGS) hat sich etabliert. Davon konnten sich die Schulpolitiker der SPD-Fraktion bei einem Besuch in der Grundschule Altenautal überzeugen. Die Rektorin, Frau Frederichs, gab bereitwillig Auskunft über das mittlerweile gut angelaufene Angebot für 17 Kinder und die Beteiligung der verschiedenen Institutionen wie Sportverein Henglar, Musik-

schule und VHS. Neben der betreuenden Arbeit dreier Erzieherinnen werden montags bis donnerstags also Bildungs- und Bewegungsangebote vom Computerkurs bis zum Turnen gemacht. Auch das Mittagessen ist als gesunde Mahlzeit garantiert und wird ab Dezember von einer Köchin zubereitet. Auch in Lichtenau wird erfolgreiche Arbeit geleistet. Hier nehmen insge-

samt 19 Kinder am Ganztagsangebot teil. Die SPD-Fraktion unterstützt uneingeschränkt Pläne der Stadt Lichtenau, diesen erfolgreich arbeitenden Gruppen angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen und im Jahr 2006 sowohl in Lichtenau als auch in Atteln entsprechende Erweiterungen oder Umbauten der vorhandenen Schulgebäude vorzunehmen.



Christel Bauer, SPD-Ratsfrau aus Atteln:

Die SPD-Fraktion ist sehr zufrieden, dass ihre jahrelangen Bemühungen, Ganztagsbetreuung zu etablieren erfolgreich sind. Sehr erstaunlich ist der Stimmungsschwenk der CDU-Fraktion, der sich von totaler Ablehnung zu uneingeschränkter Zustimmung vollzogen hat.

Schülerzahlen sind deutlich rückläufig

Auf einen deutlichen Rückgang der Schülerzahlen müssen sich Haupt- und Realschule im Lichtenauer Schulzentrum in den kommenden Jahren einstellen. Auf diese Veränderungen und auch auf aktuelle Diskussionen um unser künftiges Schulsystem muss die Stadt reagieren. Schon im nächsten Jahr sind wichtige Weichenstellungen vorzunehmen.

Ganztagschulen im Schulzentrum

Die SPD-Fraktion setzt sich für Ganztagschulen auch im Schulzentrum ein. Hier bietet sich ein Einstieg mit der Haupt-

schule an. Zur Zeit führt die Verwaltung Gespräche mit der Bezirksregierung und der Schulleitung, die hoffentlich erfolgreich verlaufen.

Kooperation von Haupt- und Realschule

Angesichts sinkender Schülerzahlen, zunächst besonders in der Hauptschule, werden auch zunehmend Lehrer oder Lehrerinnen zu anderen Schulen versetzt, bzw. durch Pensionierung frei werdende Stellen nicht wieder besetzt. Dadurch können bestimmte Fächer wie z.B. Musik nicht mehr unterrichtet werden. Um die Vielfalt des

Fächerangebots und um überhaupt den Erhalt der Hauptschule am Ort zu gewährleisten, sind Kooperationsformen von Haupt- und Realschule zu prüfen und relativ kurzfristig zu realisieren.

2004/2005 in Prozent			
Hauptschule: 15,2%	Realschule: 50,0%	Gymnasium: 33,3%	Gesamtschule: 1,4%
Schülerentwicklung/ HS/Sch. in Kl. 5			
2004/05	21 Sch.	2013/14	13 Sch.
Schülerentwicklung/ RS /Sch. in Kl. 5			
2004/05	76 Sch.	2013/14	60 Sch.

Umweltbelastung durch LKW auf der B 68 bald beendet?

Die leidige Umweltbelastung durch LKW auf der B 68 in Lichtenau und Kleinenberg infolge der Einführung der LKW-Maut scheint in absehbarer Zeit gelöst zu werden. Dies geht jedenfalls aus der Vorlage 14/130 des

NRW-Landtages hervor, die die Ergebnisse einer Konferenz der Landesverkehrsminister zusammenfasst. Dort heißt es: „Wir sind uns einig, dass eine Änderung der STVO erforderlich ist mit dem Ziel, den Durchgangs-

verkehr von schweren LKW ...zu unterbinden. Dazu ist ein neues Verkehrszeichen, das den Durchgangsverkehr erfasst, einzuführen. Entsprechende Beratungen sind im Bundesrat bereits aufgenommen.“



Josef Hartmann
Vorsitzender des
Umweltausschusses:

Unerfreulich - Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Eine unangenehme Überraschung erlebten die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses auf der Sitzung am 7.12.2005, in der es um Beratungen über den Haushalt 2006 ging. Sie wurden von Bürgermeister Wange und vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Holscher massiv angegangen und teilweise regelrecht beschimpft.

Nicht richtig gelesen

Streitpunkt war eine Presseveröffentlichung der SPD-Fraktion, in der diese über ein Kommunalrating des Bundes der Steuerzahler (vgl. S.1) berichtet und Markus Lübbers im Vergleich mit der Stadt Delbrück **rein rechnerisch** ein Einsparpotential von 1 Mill. Euro bei

Personalausgaben feststellte, nicht aber, wie von der CDU unterstellt, 1. Mill. Euro Einsparungen beim Haushalt 2006 durch Personaleinsparungen forderte.

Angesichts der eklatanten Unterschiede bei den Personalkosten der Kommunen des Kreises Paderborn ist es geradezu Aufgabe der Opposition, den Bürgermeister nach einem Personalkonzept und Einsparpotentialen zu fragen.

„CDU-Brille“

Schockiert zeigte sich die Fraktion dann am 9.12.2005, als in einem Pressebericht des Westfälischen Volksblattes (WV) behauptet wird, Markus Lübbers

habe bei den Personalausgaben ausdrücklich „eine Reduzierung um eine Mill. Euro bei einer Gesamtsumme von 4 Mill. Euro“ bestätigt. Mitautor dieses Berichtes ist offensichtlich der in der Sitzung anwesende Geschäftsführer der CDU-Fraktion B. Hagelücken. Hat er nicht richtig zugehört? Oder hat ihn die „CDU-Brille“ an wirklich objektiver Berichterstattung gehindert?

Vielleicht sollte das Westfälische Volksblatt seine Praxis überdenken, und von Hagelücken (hg) verfasste Berichte über Lichtenauer Kommunalpolitik grundsätzlich nicht veröffentlichen.

SPD-Anträge zum Haushalt 2006

Die SPD-Fraktion beantragt, im Haushalt 2006 ein deutliches Zeichen für Bildung und die Zukunft unserer Kinder zu setzen

Fördermittel für Ganztagsgrundschulen

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Anforderung von Fördermitteln bei der Bezirksregierung in Höhe von 115.000€ pro Gruppe zu Baumaßnahmen der Ganztagsgrundschulen trägt die SPD-Fraktion mit.

Verbesserung der Bewegungsmöglichkeiten beantragen

Ergänzend möchte die SPD-Fraktion die drei Grundschulen in Atteln, Lichtenau und Herbram mit einem Betrag von jeweils 4000€ zur Anschaffung von Spielgeräten unterstützen, um den Kindern geeignete Bewegungsmöglichkeiten auf dem Schulgelände zu bieten.

Abfallgebühren nach Verursacherprinzip

Die SPD-Fraktion möchte eine Anpassung der Müllgebühren ausschließlich nach dem Verursacherprinzip.

Es kann nicht sein, dass Beschlüsse der CDU-Mehrheit

des Kreistages, den Preis für die grüne Tonne zu Gunsten der Kosten für Haus- und Gewerbemüll anzugleichen, einfach übernommen werden. Obwohl die Kosten für Bioabfälle insgesamt eher konstant bleiben, sollen sie in der Kalkulation der Stadt Lichtenau um fast 25 % steigen, während die Kosten für die graue Tonne im Vergleich zur tatsächlichen Steigerung kaum angehoben werden. Vielleicht ist hier der Antrag der Grünen zum Müllwiegen hilfreich.

Mit der Einführung eines neuen Verkehrszeichens, das den Durchgangsverkehr von LKW verbietet, hat die Polizei die Möglichkeit, wirkungsvoll zu kontrollieren und die LKW wieder auf die A 44 zu bringen.“



Wir wünschen allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern noch eine ruhige Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Jahr 2006!

SPD-Stadtverband und SPD-Ratsfraktion Lichtenau